



## Stellungnahme des Freiburger Friedensforums zum Ukraine-Konflikt im Dezember 2014

Einen Tag nach dem G20-Gipfel in Australien und einem ausführlichen Gespräch unter 4 Augen mit dem russischen Präsidenten Putin hat Kanzlerin Angela Merkel diesen in einer Rede beschuldigt, mit seiner Ukrainepolitik einen Flächenbrand entfachen zu wollen. Eine solche Politik habe vor 100 Jahren in den 1. Weltkrieg geführt.

Die gegenwärtige Ukraine Krise begann vor 1 Jahr am 21. Nov. 2013 mit einer Großdemo auf dem Kiewer Maidanplatz, in dessen Folge 8 Wochen später der demokratisch gewählte ukrainische Präsident Janukowitsch gestürzt und vertrieben wurde. Er hatte sich geweigert, einen Assoziierungsvertrag mit der EU zu unterzeichnen, auf den ein Teil der Bevölkerung des Landes wirtschaftliche Hoffnungen gesetzt hatte. EU-Kommissionspräsident Barroso hatte zuvor die Ukraine ultimativ aufgefordert, sich für eine Kooperation mit der EU zu entscheiden. Sturz und Vertreibung des gewählten Präsidenten Janukowitsch spaltete das Land. Der Einsatz der ukrainischen Armee gegen den Ostteil des Landes führte zum Bürgerkrieg.

Schon seit Jahren hat das westliche Militärbündnis NATO ganz offen geplant, nach der Integration von Balkanländern und den ehemaligen Ostblockstaaten Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen und dem Baltikum auch die Ukraine, Georgien und Moldavien in das Bündnis aufzunehmen. Dies hatte schon zu russischen Militäraktionen gegen Georgien und Moldawien geführt. In Kiew hatte sich die zeitweilige Regierungschefin Timoschenko für eine NATO-Mitgliedschaft eingesetzt.

Mit einem Willkürakt hatte der sowjetische Staatschef Chruschtschow 1956 die Halbinsel Krim der Sowjetrepublik Ukraine angeschlossen. Das war damals aussenpolitisch ohne Bedeutung. Die Sowjetrepubliken Russland und Ukraine waren Bestandteile der Union der Sowjetrepubliken UdSSR. Nach dem Zerfall der Sowjetunion blieb die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine bestehen. Der Flottenstützpunkt Sewastopol wurde durch Vertrag Russland auf Zeit überlassen. Die Krim gehörte seit der Regierung der Zarin Katharina II im 18. Jh. bis zu Chruschtschows Aktion zu Russland. Im Falle der NATO-Integration der Ukraine wäre der Stützpunkt Sewastopol in NATO-Nutzung übergegangen, was Russland als Bedrohung betrachtet hatte. So gesehen wird die Annexion der Krim durch Russland verständlich, obwohl sie formal völkerrechtswidrig war. Allerdings wurde die Annexion durch eine umstrittene Volksabstimmung auf der Krim bestätigt. Der Westen empörte sich, setzte die Annexion doch eine deutliche Schranke für die NATO-Osterweiterung. USA und EU verhängten Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Russland. Russland antwortete mit Einfuhrstopps für westliche Güter.

Die gegenseitigen Blockaden schaden sowohl der russischen wie der EU-Wirtschaft, nicht aber den USA, der treibenden Kraft der Blockadepolitik. Die wirtschaftlichen Verflechtungen der EU und besonders Deutschlands mit Russland sind wesentlich enger als zwischen Russland und den USA. Hinzu kommt die Abhängigkeit von russischen Erdöl- und Erdgaslieferungen. Für den Exportweltmeister Deutschland war Russland ein wichtiger Markt, nicht nur für den Techniksektor, sogar für Nahrungsmittel. Deutsche Obstbauern fordern nun Entschädigungen von der Regierung für hohe Einkommensverluste. Vor allem aber der politische Schaden, den so eine Rede der Frau Merkel angerichtet hat, ist unabsehbar. Schon gab es scharfe verbale Reaktionen aus Moskau. Zumindest öffnet eine solche Konfrontationspolitik das Tor zu einem neuen kalten Krieg, vor dem jüngst auch Gorbatschow warnte, dem das Ende des vergangenen kalten Krieges mit der Folge der deutschen Wiedervereinigung wesentlich mit zu verdanken ist. Wer sich erinnert an die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr gegenüber dem

damaligen Ostblock einschließlich Russlands Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, die einen heißen Krieg verhindern half und eine friedliche Entwicklung einleitete, muß sich nicht nur wundern über die deutsche Politik heute. In einem in der ARD kürzlich geführten Interview mit dem russischen Präsidenten Putin wurde deutlich, wie viel offener Russland heute ist als damals für eine friedliche Zusammenarbeit insbesondere mit Deutschland. Eine solche Zusammenarbeit aber will Washington, sicher aus langfristig strategischen Gründen, verhindern. Für die Bundesregierung aber steht offensichtlich die Bündnistreue gegenüber den USA weit über den Friedens- und Wohlstandsinteressen der Menschen in Deutschland und Europa. Machtstrategische Bündnistreue aber hatte einst in den 1. Weltkrieg geführt.

Zur Rolle der Medien: In den sog. Leitmedien, wie dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen und den großen Tages- und Wochenzeitungen, wie FAZ, Die Welt, Süddeutsche Zeitung oder die Zeit, werden die russische Politik und Putin fast einhellig verurteilt. Die Politik der westlichen Regierungen, wie auch die der derzeitigen Regierung der Ukraine finden wenig kritische Kommentare. Wie ist das möglich in unserer Demokratie ohne Presse- und Medienzensur und all der Meinungsfreiheit?

Im Halem-Verlag Köln erschien 2013 eine kritische Medienanalyse des Instituts für praktischen Journalismus und Kommunikationsforschung unter dem Titel „Meinungsmacht“ (Autor Uwe Krüger), die den Einfluß von politischen und Wirtschafts- und Finanzeliten auf Top-Journalisten und Leitmedien untersucht. Sie gibt Einblick in die enge Kooperation dieser Gremien bei der Herstellung sog. öffentlicher Meinung. Diese Kooperation ist weit effektiver und weniger durchschaubar als jede staatliche Zensur. Im Falle der Ukraine Krise bleibt dabei der internationale Frieden auf der Strecke.

### **Die Friedensbewegung fordert ein Ende der Konfrontationspolitik mit**

- Aufhebung aller gegenseitigen Wirtschafts- und Finanzblockaden zwischen der EU und den USA mit Russland,**
- Einstellung aller Militäraufmärsche und -manöver in Grenzbereichen**
- vertraglich abgesicherter politischer und militärischer Neutralität der Ukraine,**
- Anerkennung der z.Zt. bestehenden staatlichen Grenzen,**
- sofortigen Friedensverhandlungen der verfeindeten ukrainischen Volksgruppen unter internationaler Kontrolle,**
- internationaler Unterstützung beim Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Infra- und Gebäudestrukturen,**
- internationaler Unterstützung für den Wiederaufbau der zusammengebrochenen Wirtschaft,**
- Bereitstellung von Hilfsgütern (Nahrungsmittel und Medikamente),**
- und vor allem: Verzicht der Großmächte USA, EU und Russland auf Erweiterung ihrer politischen Einflusszonen.**

Horst Luppe